



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

13. März 2020

Wochenbericht KW 11

forsa | Kantar

Wähleranteile:	Union bei 26 %, SPD bei 17 % bzw. 15 % Grüne bei 24 % bzw. 21 %, AfD bei 14 % bzw. 11 %
Regierungszufriedenheit:	Bürger gespalten hinsichtlich der Bewertung der Arbeit der Bundesregierung
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum und gerechter Verteilung der Steuerlast gesehen
Wirtschaft:	Knapp die Hälfte erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Weltpolitische Lage:	Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen um den Weltfrieden machen erstmals seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 höher als der Anteil, der sich sorgt Syrien und Flüchtlingskrise werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Coronavirus (82 %)

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS
CDU/CSU	26 (-1)	26 (+2)
SPD	15 (-1)	17 (-)
FDP	6 (+1)	7 (-)
DIE LINKE	10 (-)	8 (-1)
B'90/Grüne	24 (-)	21 (-1)
AfD	11 (+1)	14 (-)
Sonstige	8 (-)	7 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.03.	04.-11.03.

Die Union liegt bei forsa 11 (-) und bei Kantar 9 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	16 (-2)
SPD	6 (-)
Grüne	13 (-1)
sonstige Parteien	8 (+1)
keine Partei	57 (+2)
Erhebungszeitraum	02.-06.03.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 10 (-2) Prozentpunkte vor der SPD und 3 (-1) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 57 % (+2) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

Der Wert von 16 % für die Union ist der niedrigste seit August 2019.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.03.2020)

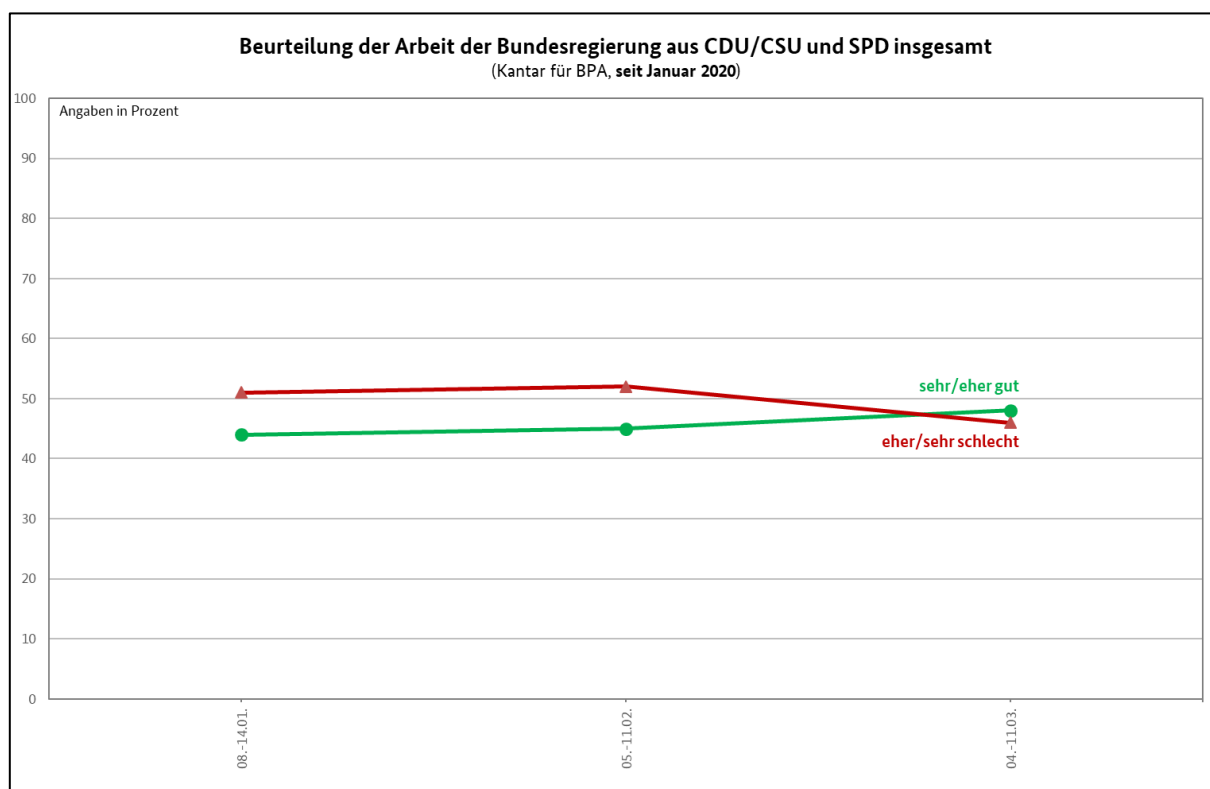
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im März 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	Kantar für BPA	
sehr gut	3	(-)
eher gut	45	(+2)
eher schlecht	34	(-6)
sehr schlecht	11	(-)
Erhebungszeitraum	04.-11.03.	

Anhänger der Union (86 %), der SPD und der FDP (jew. 67 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen Anhänger der AfD (99 %) und der Linkspartei (59 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im März 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	74 (+3)	24 (-3)	1 (-1)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	68 (+1)	29 (-1)	2 (-1)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	66 (-3)	31 (+5)	2 (-2)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-1)	33 (-1)	5 (+2)	2 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	59 (-2)	36 (+2)	3 (-)	1 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	59 (-1)	33 (-1)	5 (-)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (+3)	37 (-2)	4 (-2)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	55 (+1)	37 (-3)	6 (+1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	50 (+4)	40 (-5)	8 (+2)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-)	45 (+2)	5 (-2)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-)	37 (-2)	13 (+1)	4 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	42 (-)	44 (-3)	12 (+4)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	38 (+2)	43 (+2)	14 (-2)	4 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (+3)	41 (-5)	17 (+3)	5 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (-2)	49 (+3)	12 (-)	2 (-2)
neue Technologien fördern	36 (+1)	48 (-3)	12 (+2)	1 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (-5)	47 (+4)	9 (-3)	6 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (-2)	52 (+5)	12 (-3)	2 (-)
Verbraucherschutz stärken	29 (+4)	53 (-2)	14 (-2)	2 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (+4)	51 (-4)	19 (-)	3 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (+2)	58 (-)	14 (-)	2 (-2)
Staatsschulden begrenzen	23 (-1)	49 (+2)	21 (-)	4 (-2)
Erhebungszeitraum	04.-11.03.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von Anhängern der Grünen (83 %) überdurchschnittlich oft als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung finden sie häufiger sehr wichtig als Personen mit einfacher formaler Bildung (80 % zu 68 %). Anhänger der AfD (60 %) halten die Bildungspolitik seltener für sehr wichtig.

Die Aufgabe "Altersversorgung langfristig sichern" wird von Anhängern der FDP (95 %) und der SPD (79 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Über 50-Jährige finden sie häufiger sehr wichtig als unter 50-Jährige (72 % zu 63 %).

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im März 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2020

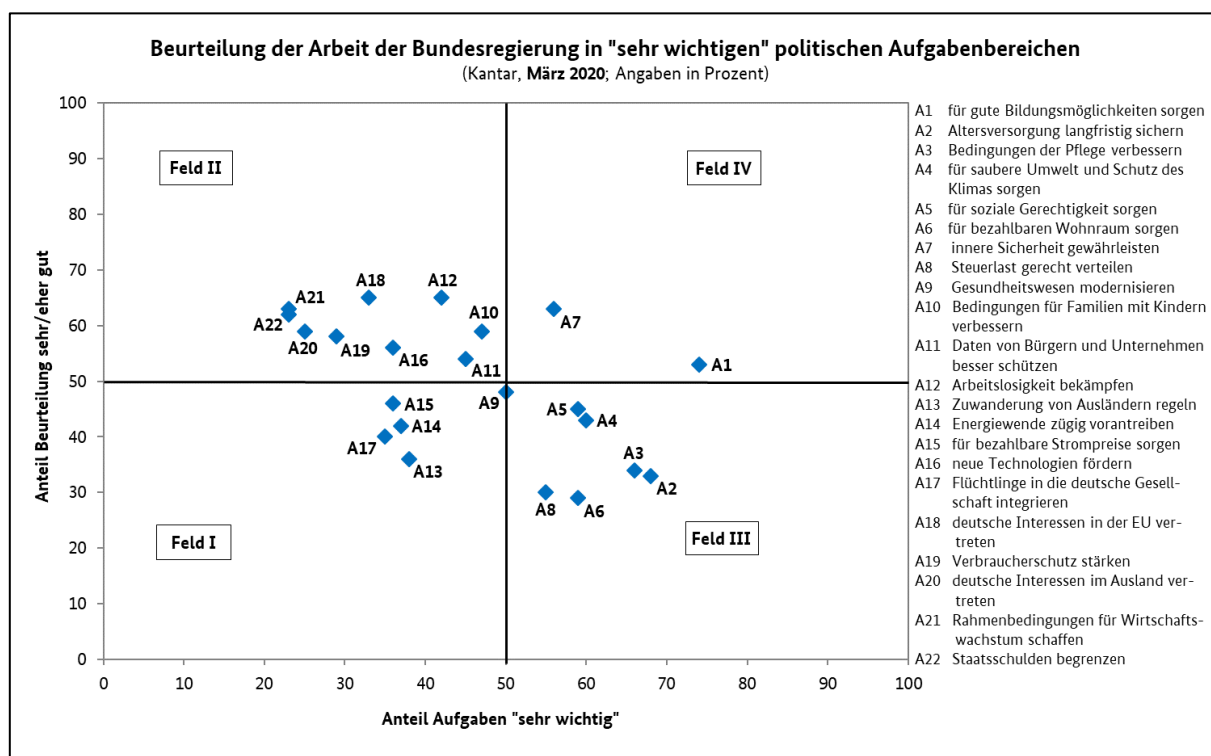
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	65 (-3)	28 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	65 (+1)	31 (-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	63 (-)	29 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	63 (-1)	34 (+3)
Staatsschulden begrenzen	62 (-)	27 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	59 (-8)	32 (+5)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	59 (+4)	35 (-5)
Verbraucherschutz stärken	58 (+5)	35 (-5)
neue Technologien fördern	56 (+2)	36 (-2)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	54 (-3)	38 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	53 (+2)	43 (-3)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (+2)	47 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	46 (+9)	49 (-8)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (+7)	52 (-7)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	43 (-1)	54 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	42 (+5)	54 (-5)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (-)	55 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (-4)	60 (+5)
Bedingungen der Pflege verbessern	34 (+2)	62 (-3)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (+2)	63 (-3)
Steuerlast gerecht verteilen	30 (+1)	67 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	29 (+3)	67 (-4)
Erhebungszeitraum	04.-11.03.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in 9 Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Im Vergleich zum Vormonat ist in den Politikfeldern "für bezahlbare Strompreise sorgen" und "für soziale Gerechtigkeit sorgen" der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, deutlich gestiegen (+9 bzw. +7 Prozentpunkte). Im Politikfeld "deutsche Interessen im Ausland vertreten" hat sich dagegen der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstuft, um 8 Prozentpunkte verringert.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im März 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A6), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A8), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2), im Aufgabenbereich „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A3), beim Umwelt- und Klimaschutz (A4) sowie im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A5).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. In diesem Monat sind hier lediglich die Aufgabenbereiche „innere Sicherheit gewährleisten“ (A7) und „für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen“ (A1) vertreten.

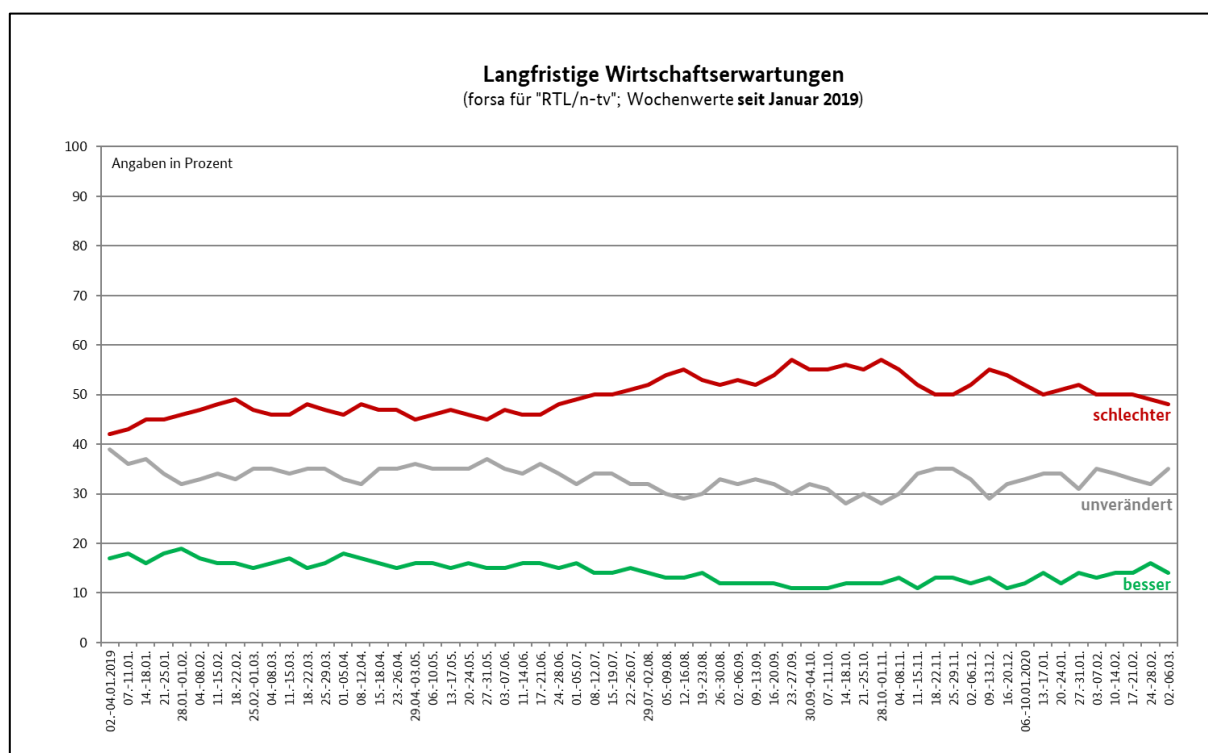
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	14	(-2)
schlechter	48	(-1)
unverändert	35	(+3)
Erhebungszeitraum	02.-06.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen verändern sich weiterhin kaum.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 34 (+1) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



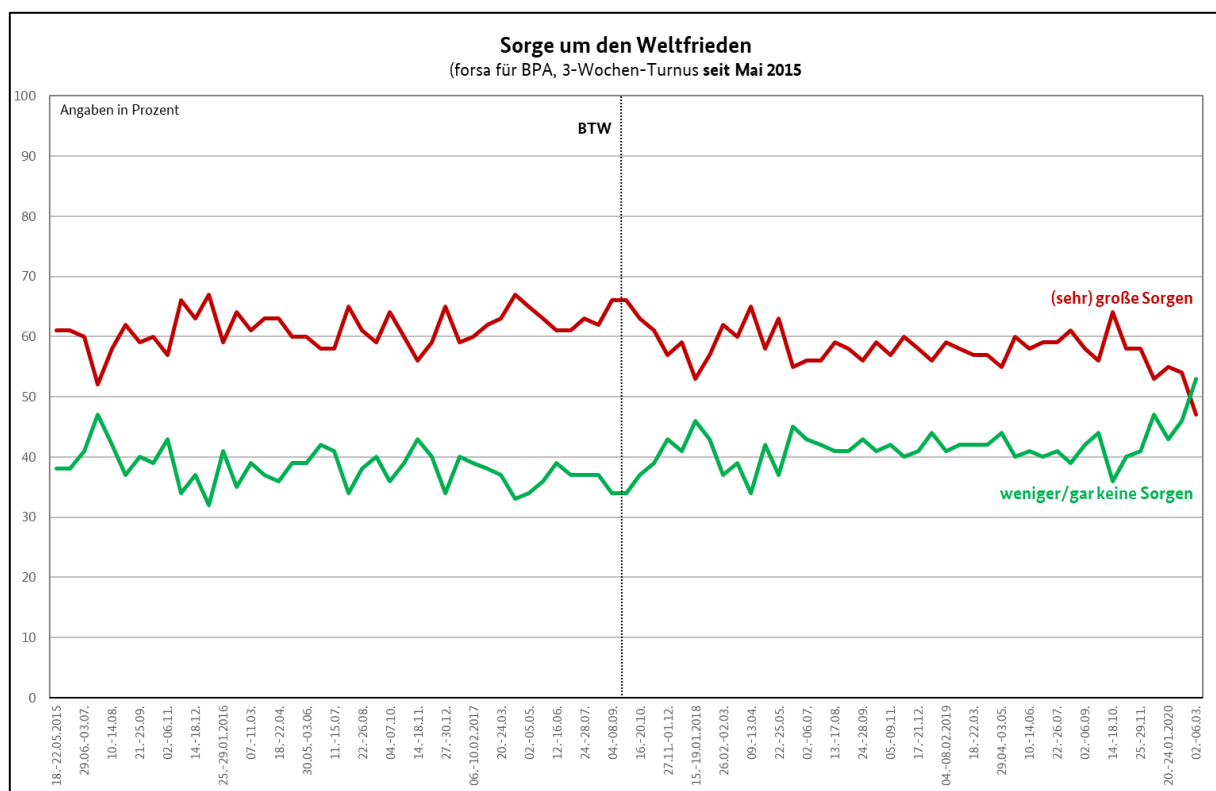
Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
sehr große	10 (+1)	
große	37 (-8)	
wenig	41 (+4)	
keine	12 (+3)	
Erhebungszeitraum	02.-06.03.	

Der Anteil derjenigen, die sich wenig bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden machen, ist auf den höchsten Wert (53 %) seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 gestiegen. Männer sind seltener besorgt als Frauen (57 % zu 48 %) und unter 45-Jährige seltener als über 45-Jährige (63 % zu 44 %).

Anhänger der Linkspartei (68 %) und der Grünen (56 %) machen sich hingegen überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden.



Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

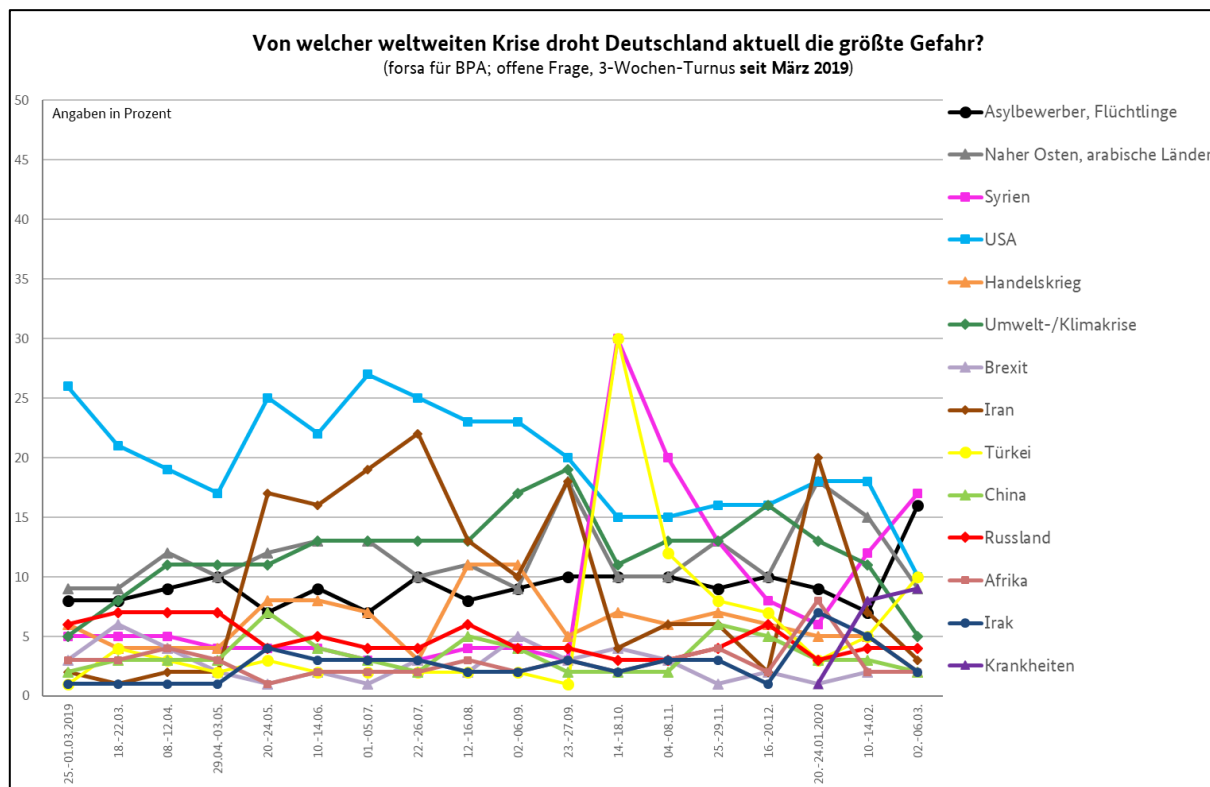
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA
Syrien	17 (+5)
Asylbewerber, Flüchtlinge	16 (+9)
Türkei	10 (+5)
USA	10 (-8)
Krankheiten	9 (+1)
Naher Osten, arabische Länder	9 (-6)
Umwelt-/Klimakrise	5 (-6)
Erhebungszeitraum	02.-06.03.

Die Bundesbürger nehmen Syrien und die Flüchtlingskrise als größte Gefahren für Deutschland wahr.

Männer nennen Syrien häufiger als größte Bedrohung als Frauen (21 % zu 13 %), über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (22 % zu 11 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (22 % zu 13 %).

30- bis 44-Jährige, Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 22 %) und Personen mit mittlerem Einkommen (21 %) erwähnen die Flüchtlingskrise überdurchschnittlich oft als größte Gefahrenquelle.



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

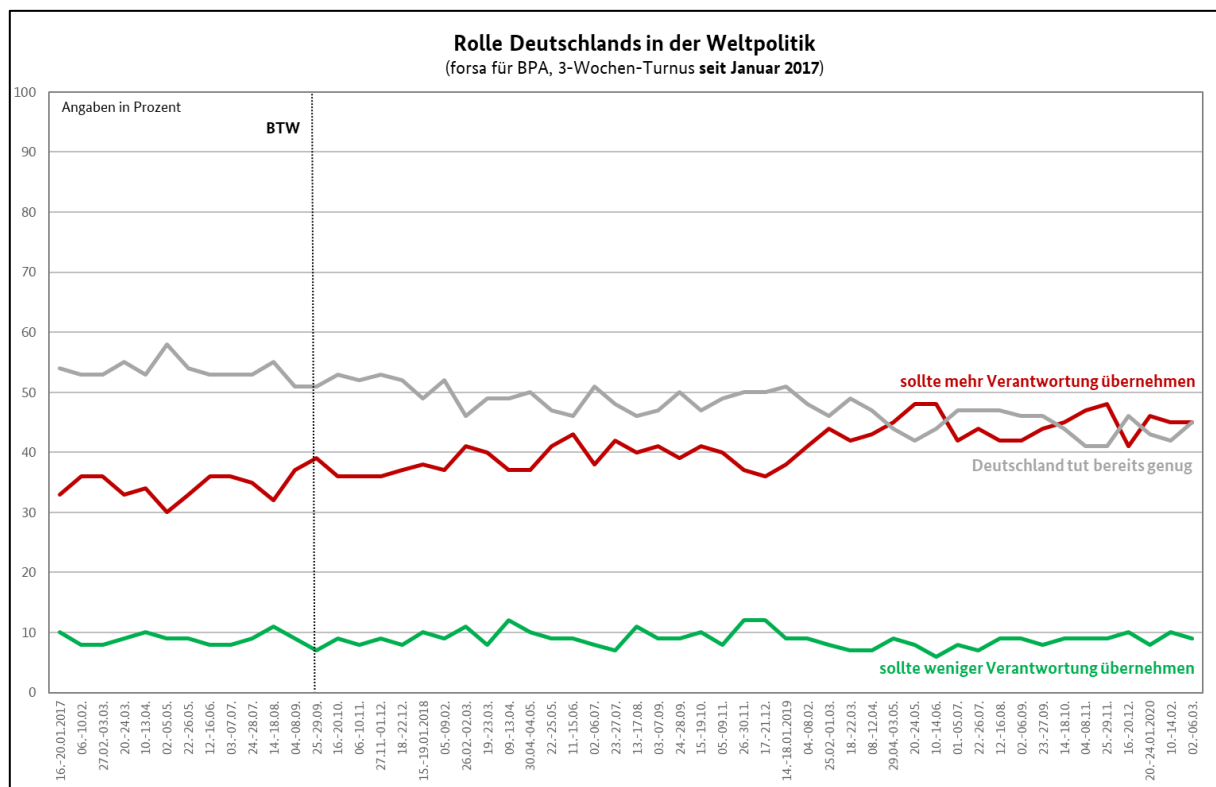
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	45 (-)	
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (-1)	
Deutschland tut bereits genug	45 (+3)	
Erhebungszeitraum	02.-06.03.	

Unter 30-Jährige (57 %), Personen mit hoher formaler Bildung (53 %), Männer (52 %) und Gutverdiener (51 %) sowie Anhänger der Grünen (65 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind 30- bis 44-Jährige (16 %) und Anhänger der AfD (23 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Ostdeutsche (55 %), Frauen und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (jew. 53 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

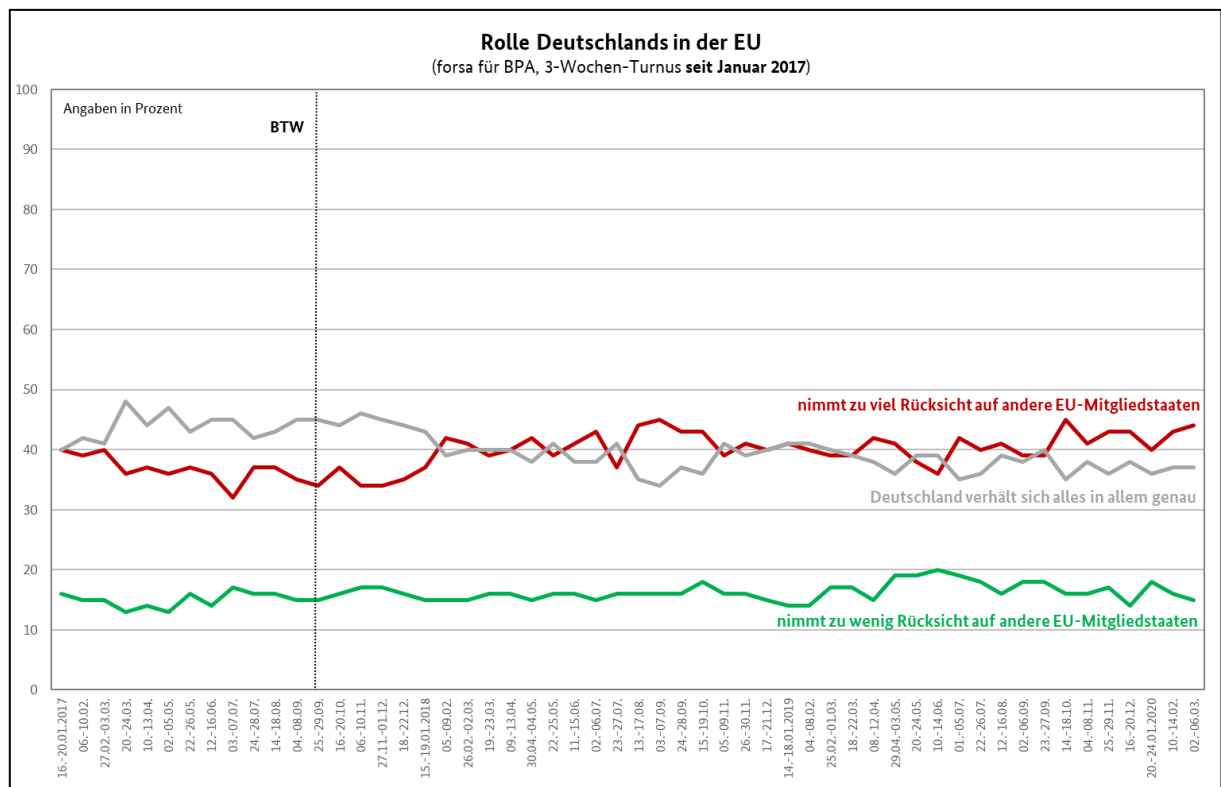
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	44 (+1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	37 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.03.

30- bis 44-Jährige (55 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (57 %) sowie Anhänger der AfD (76 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind Anhänger der Linkspartei (32 %) besonders oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige (52 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (44 %) sowie Anhänger der SPD (50 %) und der Grünen (48 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	82 (+11)
Flüchtlingssituation an türkisch-griechischer Grenze	28 (+8)
Flüchtlinge/Ausländer/Zuwanderung/Integration	8 (-1)
Landtagswahl/Regierungsbildung Thüringen	5 (-12)
Erhebungszeitraum	09.-11.03.

Acht von zehn Bürgern beschäftigen sich mittlerweile am meisten mit dem Coronavirus. Das Thema gewinnt weiter an Bedeutung (+11 Prozentpunkte zur Vorwoche).

Anhänger der Grünen (40 %) nennen das Thema "Flüchtlingssituation an türkisch-griechischer Grenze" besonders oft. Frauen beschäftigen sich häufiger damit als Männer (33 % zu 23 %), über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (32 % zu 19 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (35 % zu 10 %).

